

Inhaltsverzeichnis

1. Jörg Kukies	
2. SPD	
3. Goldman Sachs	

Jörg Kukies

Jörg Ku-kies (*21.02.1968 in in Mainz) (SPD), war jahrelang in führenden Positionen der globalen Investmentbank [Goldman Sachs](#), zuletzt als Deutschlandchef, tätig. 2018 wechselte er unter Finanzminister [Olaf Scholz](#) (SPD) an die Spitze des [Bundesfinanzministeriums](#). Dort war er zuständig für den Bereich der Banken- und Finanzmarktregulierung, auch die seines bisherigen Arbeitgebers. Im Herbst 2021 wechselt Kukies ins Kanzleramt und folgt damit seinem alten Vorgesetzten [Olaf Scholz](#).

Von November 2024 bis Mai 2025 war Kukies Bundesfinanzminister, nachdem Olaf Scholz den bisherigen Finanzminister Christian Lindner entlassen hatte.

Inhaltsverzeichnis	
1 Karriere	2
2 Verbindungen und Netzwerke	3
3 Fallbeispiele	3
3.1 2024 Gesetzesänderung zu Gunsten von Eli Lilly?	3
3.2 2020 Der Wirecard-Skandal	4
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
5 Einzelnachweise	4

Karriere

- 11/2024 - 5/2025 Bundesfinanzminister
- 12/2021 - 11/2024 Staatssekretär, Persönlicher Beauftragter des Bundeskanzlers für die G7/G20-Gipfel
- 04/2018-12/2021 Beamteter Staatssekretär im [Bundesfinanzministerium](#), Bereich Finanzmarktpolitik und Europapolitik
- 2014-2018 [Goldman Sachs](#) AG, Co-Vorsitzender des Vorstands, und Leiter der Zweigniederlassung Frankfurt der Goldman Sachs International
- 2011-2014 Goldman Sachs International, Leiter Aktienderivate für Europa, Naher Osten und Afrika
- 2007-2011 Goldman Sachs International, Leiter des Aktiengeschäfts Deutschland/Österreich
- 2001-2018 Mitarbeiter von [Goldman Sachs](#)
- 1997-2001 Ph.D. in Finance an der University of Chicago, Graduate School of Business
- 1995-1997 Master of Public Administration an der John F. Kennedy School of Government, Harvard University
- 1990-1994 Studium Sciences Economiques an der Universität Paris I (Pantheon-Sorbonne)

Quelle: ^[1]^[2]

Verbindungen und Netzwerke

Jörg Kukies stand immer wieder als Ansprechpartner für den ehemaligen Bundesminister Sigmar Gabriel zur Verfügung. So hat Gabriel noch am Tag seiner Wahl zum Vorstandsvorsitzenden der Thyssenkrupp Steel Europe AG mit Kukies telefoniert und dann weitere 7-mal telefonisch Kontakt gehabt und es ist ein persönliches Treffen erfolgt. Vermutlich ging es dabei um die Milliarden-Förderung von Bund und Land NRW für grünen Stahl. (Siehe dazu den Lobbypedia-Eintrag [Sigmar_Gabriel](#))

Kukies diente schon dem damaligen Finanzminister Scholz (2018-2021) als Staatssekretär und stand regelmäßig in Kontakt mit Konzernen und Interessenverbänden. Allein zwischen September und Dezember 2021, also den Wochen vor und nach der Bundestagswahl, tauschte Kukies sich in rund 100 Fällen mit Lobbyakteuren aus. So sprach der Finanzstaatssekretär unter anderem mit Vertreter:innen des Rüstungskonzerns Airbus Defense, der Investmentgesellschaft BlackRock, mehreren Banken sowie seinem früheren Arbeitgeber Goldman Sachs. Zu diesen und weiteren Lobbykontakten hatte [abgeordnetenwatch.de](#) Dokumente angefordert, doch in keinem Fall hat das Finanzministerium dazu Unterlagen herausgegeben.^[3]

Fallbeispiele

2024 Gesetzesänderung zu Gunsten von Eli Lilly?

Interne Unterlagen aus dem Gesundheitsministerium erhärten den Verdacht, dass der amerikanische Pharmariese Eli Lilly die Ansiedlung eines Pharmawerkes mit 1000 Arbeitsplätzen in Rheinland-Pfalz an eine Gesetzesänderung geknüpft haben könnte.

Konkret ging es dabei darum, dass Eli Lilly sich wünschte, dass Medikamentenpreise künftig geheim gehalten würden. Letztendlich kam es zur gewünschten Gesetzesänderung und zum Bau des Pharmawerkes. Eli Lilly bestreitet den Zusammenhang.^[4]

Belegt ist, dass der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Jörg Kukies, Anfang 2023 insgesamt dreimal mit dem Chef von Eli Lilly, David Ricks, über die Pharmapolitik und die Einführung geheimer Arzneimittelpreise in Deutschland gesprochen hat. Am 16. Februar 2023 telefonierte Kanzler Scholz sogar selbst mit dem Chef von Eli Lilly. Weitere Kontakte u.a. mit Minister Lauterbach belegt die Antwort auf eine Anfrage an die Bundesregierung.^[5]

Gesprächsinhalt "Mediengesetz:

- 17.11.2023 BM Lauterbach, BM Habeck
- 30.11.2023 BK Scholz, Kukies, BM Lauterbach u.a.
- 09.01.2024 Kukies
- 19.01.2024 Kukies
- 09.02.2024 BK Scholz, Kukies
- 08.04.2024 BK Scholz, Kukies, BM Lauterbach u.a.

Das Rechercheteam von [Investigate Europe](#) hatte die Akten zum Medizinforschungsgesetz nach dem Informationsfreiheitsgesetz bereits im Dezember 2023 angefordert, aber erst im September 2024 vom Bundesgesundheitsministerium erhalten, nachdem Investigate Europe wegen Untätigkeit Klage eingelegt hatte. Darum wird der Inhalt der Akten erst nach der Verabschiedung des Gesetzes bekannt.^[6]

2020 Der Wirecard-Skandal

Es konnte der Verdacht nicht ausgeräumt werden, dass Finanzstaatssekretär Kukies im Auftrag von Finanzminister Scholz Einfluss auf die staatliche KfW-Bankentochter Ipex nehmen wollte, um die börsennotierte Wirecard AG, ein Finanz- und Zahlungsdienstleister, vor der Insolvenz zu bewahren. Kukies hat am 23. Juni 2020 mit dem Chef der staatlichen KfW-Bankentochter Ipex, Klaus Michalak, telefoniert. Eine geheim gehaltene E-Mail, die dem SPIEGEL ^[7] vorliegt, zeigt, dass es offensichtlich darum ging, dass die Bundesregierung die Insolvenz und das Ausschlachten von Wirecard durch ausländische Finanzfirmen verhindern und neue Kredite vergeben wollte – per Anweisung an die Ipex-Bank. Die Insolvenz erfolgte zwei Tage nach dem Telefonat.

Vieles an diesem Telefonat ist politisch äußerst heikel. Das Ministerium hat diesen Vorgang auch nach Monaten, in dem der Untersuchungsausschuss in dem Skandal ermittelte, dem Parlament und der Öffentlichkeit verschwiegen. Es ging dabei um 1,9 Milliarden Euro, die eigentlich auf Treuhandkonten liegen sollten. Wollte der Bundesfinanzminister, vertreten durch seinen Staatssekretär, in dieser Situation also noch Geld der staatseigenen Ipex-Bank - und damit letztlich Steuergelder - in den Konzern pumpen? KfW-Vorstandschef Günther Bräunig bestritt eine Einflussnahme. Vor dem Untersuchungsausschuss beteuerte Kukies, es habe zu keinem Zeitpunkt eine besondere Privilegierung der Wirecard AG gegeben. ^[8]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Die Staats-se-kre-tä-re - Dr. Jörg Ku-kies](#) Webseite Bundesfinanzministerium, abgerufen am 13.04.2018
2. ↑ [Kukies wird Kanzlerberater](#) tagesschau.de vom 06.12.2021, abgerufen am 07.12.2021
3. ↑ [lobbygesprache-von-ampel-und-groko-lassen-sich-oft-nicht-nachvollziehen](#) www.abgeordnetenwatch.de vom 05.04.2022, abgerufen am 07.11.2024
4. ↑ [Pharmaunternehmen](#) www.tagesschau.de vom 11.10.2024, abgerufen am 17.10.2024
5. ↑ [pdf](#) dserver.bundestag.de, abgerufen am 17.10.2024
6. ↑ [wunsch-von-eli-lilly](#) www.investigate-europe.eu vom 12.10.2024, abgerufen am 17.10.2024
7. ↑ [kukies-schlug-noch-kurz-vor-insolvenz-kredit-der-kfw-tochter-ipex-vor](#) www.spiegel.de vom 16.03.2021, abgerufen am 08.11.2024
8. ↑ [kukies-vor-untersuchungsausschuss](#) www.spiegel.de vom 02.04.2021, abgerufen am 08.11.2024

SPD

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen zu Lobbyismus	5
1.1 Bundestagswahl 2025	5
1.2 Bundestagswahl 2021	5
1.3 Bundestagswahl 2017	6
1.4 Bundestagswahl 2013	7
1.5 Bundestagswahl 2009	7
2 Finanzierung	8
2.1 Rechenschaftsberichte	8
2.2 Top-Spender	9
2.3 Gesamteinnahmen	9
2.4 Sponsoring	11
3 Beteiligungen an Unternehmen	11
3.1 Angaben aus dem Rechenschaftsbericht	11
3.2 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH	11
3.3 ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH	12
4 "Rent-a-Sozi" Skandal	12
5 Seitenwechsler:innen	13
6 Weiterführende Informationen	13
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	13
8 Einzelnachweise	13

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Während die SPD in ihrem Programm für die Bundestagswahl 2021 noch eine klare Position zu mehr Transparenz und Lobbyregulierung vertrat, enthält das Programm der SPD für die Bundestagswahl 2025 keine Forderungen in diesem Bereich mehr.^[1]

Unter der Ampel-Regierung (SPD, Grüne, FDP) kam es 2023 jedoch zu umfassenden Reformen der Lobbyregeln. Diese betreffen die Verschärfung des Lobbyregisters, die Transparenz der Gesetzgebung („exekutiver Fußabdruck“), die Verschärfung der Regeln für Seitenwechsler:innen, sowie eine Reform des Parteiengesetzes u.a. zur Wahlkampffinanzierung (siehe [Lobbyreport 2024](#)). Organisationen wie LobbyControl und Abgeordnetenwatch sehen aber weiterhin [Handlungsbedarf](#).

In einem Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 15.03.2021 hatte sich die Partei außerdem für eine jährliche Höchstgrenze für Parteispenden ausgesprochen (100.000€ pro Spender:in).^[2]

Bundestagswahl 2021

Im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 ist die Forderung nach einem "legislativen und exekutiven Fußabdruck"^[3] zu finden, um den "Einfluss von Lobbyist*innen bei Gesetzesentwürfen sichtbar"^[4] zu machen. Diesen forderte die SPD schon seit langem (s.u., Bundestagswahl 2013), und kritisierte die Union zuletzt wegen ihrer Blockadehaltung gegenüber weitergehender Transparenz im Rahmen der Diskussion um

des Lobbyregistergesetz.^[5] Auch will die SPD laut Parteiprogramm erreichen, dass Abgeordnete ihre Einkünfte auf Euro und Cent angeben müssen (eine Forderung, die nach Veröffentlichung des Parteiprogramms noch in der laufenden Legislatur durch die Neufassung des Abgeordnetengesetzes umgesetzt wurde; siehe dazu: [Nebentätigkeiten von Bundestagsabgeordneten in Deutschland](#)). Auch soll die Anzeigepflicht für Unternehmensbeteiligungen und Aktienoptionen verschärft werden und es soll klar geregelt werden, wann ein Interessenkonflikt besteht und wie dieser zu lösen ist.^[6]

In einem Beschluss des SPD-Parteivorstands vom 15.03.2021 sprach sich die Partei außerdem für eine jährliche Höchstgrenze für Parteispenden aus (100.000€ pro Spender:in).^[2]

Für die umfassendere Wirkung des Lobbyregisters, dass nun nämlich nicht nur die Interessenvertretung gegenüber dem Bundestag, sondern auch gegenüber der Bundesregierung registrierungspflichtig ist, hatte im Sommer 2020 **Olaf Scholz** gesorgt. Während einer Befragung im Bundestag zum Cum-Ex-Skandal sagte der damalige Vize-Kanzler und Finanzminister, er persönlich glaube, dass die Regeln für Lobbyist:innen gegenüber dem Bundestag wie der Bundesregierung gleichermaßen gelten müssten.^[7]

Politiker:innen der SPD kritisierten die Union und ihre fehlende Bereitschaft zur Verabschiedung von mehr und umfassenderen Transparenzregeln immer wieder während der Legislatur, die 2021 endete.^[8]

Bundestagswahl 2017

Die SPD ist beim Thema Lobbykontrolle deutlich offener als die Union. Allerdings hat sie sich besonders in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode allzu verhalten gezeigt, die Blockadehaltung der Union nur zaghaft kritisiert und – wie beim Lobbyregister – im Bundestag gegen ihre eigene Programmatik gestimmt. Positiv hervorzuheben ist, dass die SPD in den Koalitionsverhandlungen 2013 zwei Punkte gegen die Union durchsetzte:

- eine gesetzliche Abkühlphase, auch Karenzzeit genannt, für die Kanzlerin, Minister:innen sowie Parlamentarische Staatssekretär:innen vor einem Wechsel zu Unternehmen oder Verbänden sowie
- einen verschärften Straftatbestand für Abgeordnetenbestechung.

Zwar wollte auch die SPD eine Karenzzeit zunächst nur durch eine freiwillige Selbstverpflichtung regeln. Angesichts mehrerer spektakulärer Fälle von Seitenwechseln (z.B. Ronald Pofalla zur Deutschen Bahn AG, Dirk Niebel zu Rheinmetall) veränderte sich diese Haltung aber. Am Ende kam ein Gesetz heraus, das weiter ging als SPD und Union es zunächst angestrebt hatten.

Trotz schwächen der Fassung des Straftatbestandes der Abgeordnetenbestechung setzte Deutschland hiermit als letzter EU-Mitgliedsstaat die UN-Konvention gegen Korruption endlich um – mehr als zehn Jahre nach ihrer Unterzeichnung durch Rot-Grün.

In Folge des „Rent-a-Sozi“-Skandals im Herbst 2016, kündigte die SPD an, eine gesetzliche Offenlegung des Sponsorings noch vor der Bundestagswahl durchzusetzen. Ihren wenig weitreichenden Gesetzentwurf dazu brachte sie dann jedoch nicht im Parlament ein.

Zudem erarbeitete die SPD im Schatten der „Rent-a-Sozi“-Affäre einen deutlich umfassenderen Gesetzesentwurf zu einem verpflichtenden Lobbyregister. Die Forderung hiernach fand Einzug in das SPD-Wahlprogramm. Dort versprach die SPD zudem eine legislative Fußspur (von ihr „exekutive Fußspur“ genannt) und eine Offenlegung von Abgeordneten-Nebeneinkünften auf Euro und Cent. Im Bereich der Parteienfinanzierung wollte die SPD Parteispenden auf 100.000 Euro pro Spender:innen und Jahr begrenzen und Sponsoring in den Rechenschaftsberichten offenlegen. Diesen Vorstoß brachte sie nicht ins Parlament ein.

Bundestagswahl 2013

Im Kapitel zum Thema Demokratie geht das [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) auf alle unsere Themen ein (S. 96). Danach schlägt die SPD vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- einen Verhaltenskodex, nach dem neue Tätigkeiten von ausscheidenden Regierungsmitgliedern durch eine Ethikkommission genehmigt werden müssen.
- Parteienfinanzierung: Deckelung von Großspenden auf 100.000 Euro, Parteisponsoring offenlegen
- Nebeneinkünfte: auf Euro und Cent offenlegen.
- Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechung erweitern.
- Einführung einer „legislativen Fußspur“: bei Gesetzen soll offen gelegt werden, wie * externe Berater an der Ausarbeitung beteiligt waren.

Über externe Mitarbeiter:innen in Ministerien soll ein jährlicher Bericht Transparenz schaffen (Anm.: Die Berichte sind bisher nicht öffentlich.)

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten sagen, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker:innen, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[9] Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von LobbyControl.^[10]

- Fazit von LobbyControl zur Stellungnahme der SPD:

Die SPD unterstützt die meisten Forderungen von LobbyControl im Grundsatz. Bei einigen Punkten gibt es jedoch Abweichungen: Der Vorschlag für Seitenwechsel von Regierungsmitgliedern ist begrenzter. Bei der Parteienfinanzierung unterstützt die SPD eine Obergrenze und die Offenlegung von Sponsoring. Bei den Parteispenden will sie aber nur kleine Transparenzfortschritte.

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker:innen, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden.^[11]

- Fazit von LobbyControl zu den Auskünften der SPD:

Die SPD positioniert sich klar für die Einrichtung eines verpflichtenden Lobbyregisters. Bei den anderen Fragen bleibt sie eher vage oder hinter den Forderungen von LobbyControl zurück. ^[12]

Finanzierung

Die SPD erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 98.280.735,01 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 23.111.761,04 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendengesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der SPD

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2012
Rechenschaftsbericht 2013
Rechenschaftsbericht 2014
Rechenschaftsbericht 2015
Rechenschaftsbericht 2016
Rechenschaftsbericht 2017
Rechenschaftsbericht 2018
Rechenschaftsbericht 2019
Rechenschaftsbericht 2020
Rechenschaftsbericht 2021
Rechenschaftsbericht 2022
Rechenschaftsbericht 2023

Top-Spender

Die 10 Topspender der SPD in den Jahren 2020-2024 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	330.005 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall und Elektroindustrie, Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
Deutsche Vermögensberatung	261.001 €	
Hans-Dieter Lochmann	217.077,6 €	
Verband der Chemischen Industrie (VCI)	174.500 €	
Ralf Pollmeier	182.303,92 €	Spenden von Ralf Pollmeier, Pollmeier Massivholz GmbH & Co. KG und Pollmeier Schnittholz GmbH & Co. KG
Dr. Theiss Naturwaren GmbH	251.500 €	
Christian Pegel	112.298,52 €	
Trockland Projects Holding GmbH	95.800 €	
Munich RE	120.000 €	Spenden von Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, ERGO Versicherungsgruppe AG sowie ERGO Group AG
Allianz	120.000 €	

Weitere Spender der SPD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der SPD** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2024		2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	-	-	53,1	30,9	54,5	34,0	54,5	31,	53,	33,1	53,0	31,3
			7	5	3	9	2	8	3	4	8	7
Mandatsträgerbeiträge	-	-	27,1	15,7	26,7	16,7	25,5	14,	25,4	15,8	26,2	15,5
			1	8	9	5	6	9	8	4	8	3
Spenden von natürlichen Personen	-	-	7,7	4,4	7,4	4,6	14,0	8,1	9,7	6,0	11,1	6,5
			0	8	3	4	0	7	2	4	1	7
Spenden von juristischen Personen	-	-	1,5	0,9	1,8	1,1	3,4	2,0	1,9	1,2	2,2	1,3
			7	2	1	3	9	3	5	1	2	1
Aus Unternehmenstätigkeit			0,	0,	0,	0,	4,4	2,5	0,	0,1	0,6	0,3

und Beteiligungen	-	-	0	0	0	0	1	7	3	9	5	8
Aus sonstigem Vermögen	-	-	16,2	9,4	7,8	4,9	7,2	4,2	8,8	5,5	9,1	5,4
			6	6	9	3	1	1	8	2	9	3
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	-	-	9,6	5,5	7,6	4,8	5,6	3,2	5,5	3,3	10,4	6,1
			0	9	9	1	2	8	1	4	5	8
Staatliche Mittel	-	-	51,3	29,8	47,7	29,8	56,1	37,7	54,3	33,8	55,7	32,9
			1	6	5	6	1	2	8	1	1	3
Sonstige	-	-	0,5	0,3	1,0	0,6	0,5	0,3	1,3	0,8	0,5	0,
			9	4	5	6	4	2	2	2	2	3
Summe	-	-	172,83 Mio		159,94 Mio		171,46 Mio		160,84 Mio		169,21 Mio	
			€		€		€		€		€	

Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014		2013	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	53,7	31,1	51,7	31,1	49,2	31,4	49,5	30,6	49,9	30,8	49,5	30,2
	7	9	1	2	6	2	8	2	8	9	6	1
Mandatsträgerbeiträge	26,2	15,2	26,2	15,7	25,6	16,3	25,4	16,2	24,4	15,1	23,6	14,3
	9	5	9	9	1	4	2	1	6	1	2	5
Spenden von natürlichen Personen	7,	4,5	11,3	6,8	8,9	5,7	8,0	5,1	12,5	7,7	12,0	7,3
	9	7	8	5	9	4	2	2	8	7	5	3
Spenden von juristischen Personen	1,5	0,8	3,1	1,9	2,	1,3	2,	1,7	1,	1,2	2,	1,6
	2	8	7	1	1	4	9	7	9	9	5	0
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	7,4	4,	5,	3,1	2,1	1,3	2,1	1,3	2,1	1,3	3,	1,9
	0	3	3	9	8	9	8	9	3	2	2	3
Aus sonstigem Vermögen	7,3	4,2	6,8	4,1	6,5	4,	6,8	4,3	7,7	4,7	9,0	5,5
	9	9	5	2	8	2	0	4	1	6	9	2
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	9,9	5,8	11,6	7,0	10,8	6,9	12,3	7,8	12,7	7,9	15,2	9,2
	9	0	9	3	3	1	5	7	9	1	5	7
Staatliche Mittel	56,7	32,9	49,2	29,6	50,7	32,3	50,0	31,9	48,6	30,0	47,	29,1
	7	3	1	2	9	9	8	3	5	6	9	1
Sonstige	1,3	0,7	0,6	0,3	0,4	0,2	0,5	0,3	0,9	0,6	0,9	0,5
	6	9	1	7	2	7	8	7	9	1	6	8
Summe	172,39 Mio		166,14 Mio		156,79 Mio		156,84 Mio		161,83 Mio		164,6 Mio	€
	€		€		€		€		€			

Quellen: [\[13\]](#)

Anmerkung: Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Mitgliedsbeiträge der SPD aus dem Jahr 2020 beliefen sich auf 53,296 Mio € und wurden auf 53,3 Mio € aufgerundet.

Sponsoring

Die Einnahmen des Parteivorstands aus Sponsoring und Vermietung von Standflächen veröffentlicht die SPD [hier](#).

Beteiligungen an Unternehmen

Angaben aus dem Rechenschaftsbericht

Laut [Rechenschaftsbericht 2022](#) hält die SPD 100 %-Beteiligungen an den folgenden Unternehmen:

- Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH, Berlin
- Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei GmbH, Nürnberg
- GHB Besitz- und Verwaltungsgesellschaft mbH, Hagen
- GSK Grundstücksverwaltung und Kommunikationsservice GmbH, Düsseldorf
- Konzentration GmbH, Berlin
- MüPo-Verlag GmbH, Berlin
- Offenbacher Abendblatt Grundstücksbesitzgesellschaft mbH, Offenbach
- Presse und Bildung im Bezirk Hessen-Süd der SPD Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Frankfurt
- Solidarität Verwaltungs- und Treuhandgesellschaft mbH, Berlin
- Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin Stresemannstr./Wilhelmstr. mbH, Berlin
- Verwaltungsgesellschaft für Treuhandgrundstück Odeonstr. 15/16 mbH, Hannover
- Volkshaus Karl Hölleskamp & Co. GmbH, Herne

Zu den unmittelbaren Beteiligungen gehören:

- ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH (100 %), Berlin
- DDV Mediengruppe GmbH & Co. KG (40 %), Dresden
- Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG (23,08 %), Hannover
- Druck- und Verlagsanstalt „Neue Presse GmbH“ (30 %), Coburg
- Frankenpost Verlag GmbH (35 %), Hof/Saale
- Presse Druck GmbH (100 %), Berlin

Zu den mittelbaren Beteiligungen gehört die Neue Westfälische Beteiligungs GmbH & Co. KG (100 %).

Das Haus- und Grundvermögen wurde zum Stichtag 31.12.2018 mit ca. 92 Mio. Euro bewertet, die Beteiligung an Unternehmen mit ca. 344 Mio. Euro.

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

Die 1971 gegründete [Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH](#) (ddvg) ist eine Holdinggesellschaft, in der die Unternehmensbeteiligungen der SPD gebündelt sind. Der klassische Schwerpunkt liegt im Bereich der regionalen Tageszeitungen sowie der Druckereien. Investiert wurde weiterhin in Zeitschriften, das

Tourismusgeschäft und Handelsgeschäfte. Die Beteiligungen sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören die 100 %-Beteiligung an der Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG (Neue Westfälische), die 23,1%-Beteiligung an der Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG (u.a. Hannoversche Allgemeine) und die 100%-Beteiligung FFR Ferien-, Freizeit und ReiseService GmbH. Der Jahresüberschuss der Holding betrug 2022 ca. 3,5 Mio. Euro, das Eigenkapital lag 2022 bei 60,8 Mio. Euro.^[14] Die vereinnahmten Gewinne werden im Rechenschaftsbericht der SPD nach den Vorschriften des Parteiengesetzes ausgewiesen.^[15]

Weiterführende Informationen: [Geschäftsbericht 2022 der ddvg](#), [Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags: Beteiligung von Bundestagsparteien an Medienunternehmen - Kalenderjahr 2019](#), [Deutschlandfunk: Das Unternehmensimperium der SPD, 02.02.2001](#)

ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH

Die ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH ist ein SPD-eigene Kommunikationsagentur. Bis 2017 trug das Unternehmen den Namen Network Media GmbH und war für den **"Rent-a-Sozi" Skandal** verantwortlich, bei dem es gegen Bezahlung Treffen mit SPD-Regierungsmitgliedern anbot. In der Folge benannte sich die Agentur um.^[16]

Heute betätigt sie sich in den Bereichen Design, Event, Kampagne, Podcast, Text, Vermarktung/Sponsoring und Video und arbeitet neben der SPD u.a. für Gewerkschaften, Stiftungen und Institute. Die Agentur gehört zur Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft GmbH, dem Unternehmensbereich der SPD. Dadurch ist die ASK indirekt ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der SPD.^[16]

Das ZDF-Magazin Frontal21 fand heraus, dass Unternehmen und Lobbygruppen über die NWMD gegen Zahlung von 3000 bis 7000 Euro Treffen mit SPD-Ministern, Staatssekretären und Parteifunktionären buchen können. Näheres zum Skandal ist [hier](#) einsehbar.

"Rent-a-Sozi" Skandal

Nach Recherchen des ZDF-Magazins Frontal 21 bot die SPD-Tochterfirma Network Media GmbH (NWMD) bis 2016 Treffen mit SPD-Minister:innen, Staatssekretär:innen und Parteifunktionär:innen gegen Geldzahlungen an.^[2] Unternehmen und Lobbygruppen konnten gegen Zahlung von 3000 bis 7000 Euro an den sogenannten „vorwärts-Gesprächen“ teilnehmen. Laut Frontal21 nahmen die damalige SPD-Generalsekretärin Katharina Barley, der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann, der SPD-Bundestagsabgeordnete Hubertus Heil und sogar die damaligen Regierungsmitglieder Heiko Maas (Bundesjustizminister), Andrea Nahles (Bundesarbeitsministerin) und Matthias Machnig (Staatssekretär im Wirtschaftsministerium) an "vorwärts-Gesprächen" teil.^[2]

Die SPD-Agentur NWMD bestätigte dem ZDF, dass gesponserte Gespräche mit SPD-Spitzenpolitikern stattgefunden haben. Die genaue Anzahl nannte die Agentur nicht. Das ZDF zitiert ein Schreiben der Agentur, dass es in den vergangenen fünf Jahren im Schnitt „weniger als 10 Gespräche dieser Art pro Jahr“ gegeben hätte. Die Agentur erklärte weiter: „Weder der vorwärts noch NWMD "verkaufen" Gesprächstermine mit Entscheidern gegen Geld. NWMD versucht, Partner zu finden, die jene Kosten tragen, die mit einer solchen Veranstaltung verbunden sind.“ In einer ersten eigenen Stellungnahme behauptete NWMD, dass der Vorabbericht von Frontal 21 wesentliche Fakten ausblende.^[2]

Frontal21 berichtete von einem „vorwärts-Gespräch“ mit Justizminister Heiko Maas im Oktober 2016. Sponsor dieses Treffens zum Thema „Datenschutz in der digitalen Welt“ sei die niederländische Bank Ing-Diba gewesen. Maas habe erklärt, er habe von dem Sponsoring nichts gewusst. Ing-Diba nannte als Zweck des Treffens ein Kennenlernen. ^[2]

Die bei der NVMD Verantwortlichen mussten ihre Positionen aufgeben, politische Konsequenzen blieben aus. ^{[17][18]}

Seitenwechsler:innen

Eine Auflistung von Politiker:innen der SPD, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler:innen fallen

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2025](#) spd.de, 11.01.2025, abgerufen am 18.02.2025.
- ↑ ^{2,02,12,22,32,42,5} [Beschluss des SPD-Parteivorstands am 15.03.2021](#), spd.de, abgerufen am 07.03.2025 Referenzfehler: Ungültiges <ref>-Tag. Der Name „:0“ wurde mehrere Male mit einem unterschiedlichen Inhalt definiert.
- ↑ [SPD Wahlprogramm 2021](#), spd.de, abgerufen am 23.12.2021.
- ↑ [SPD Wahlprogramm 2021](#), spd.de, abgerufen am 23.12.2021.
- ↑ [Exekutiver Fußabdruck fehlt: Transparency sieht Mängel in Lobbyregister](#), ntv.de vom 25.03.2021, abgerufen am 23.12.2021.
- ↑ [SPD Wahlprogramm 2021](#), spd.de, abgerufen am 23.12.2021.
- ↑ [Plenarprotokoll 19/172 vom 09.09.2020 Bundestag](#), abgerufen am 13.12.2021.
- ↑ vgl. etwa [SPD zu Wirecard: Lobby stößt bei Union auf "offene Ohren"](#), AFP vom 22.06.2021, abgerufen am 23.12.2021.
- ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
- ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
- ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010

12. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
13. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.07.2022
14. ↑ [Geschäftsbericht 2022](#), ddvg.de, abgerufen am 20.11.2024
15. ↑ [Unternehmens-Verfassung](#), ddvg.de, abgerufen am 18.05.2022
16. ↑ ^{16,016,1} [Handelsregister](#), handelsregister.de, abgerufen am 02.12.25
17. ↑ [SPD beendet "Rent a Sozi"](#), spiegel.de vom 23.11.2016, abgerufen am 18.09.2024
18. ↑ [Politiker mieten: Geht immer noch](#), Website von LobbyControl vom 04.07.2017, abgerufen am 18.09.2024

Goldman Sachs

Finanzlobby



- [Finanzlobby A-Z](#)

Goldman Sachs ist ein Investmentbanking- und Wertpapierhandelsunternehmen und nimmt im internationalen Finanzsektor eine herausragende Stellung ein. Es gilt als eines der mächtigsten und am besten vernetzten Unternehmen der Branche. Goldman Sachs ist hauptsächlich als Finanzdienstleister für Großunternehmen und institutionelle Investoren tätig.

Goldman Sachs

Branche	Finanzen
Hauptsitz	New York, In Deutschland: MesseTurm, Friedrich-Ebert-Anlage 49, Frankfurt/Main
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	
Webadres se	goldmansachs.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	15
1.1 Ausgaben für Lobbying	15
1.2 2018: Deutschland-Chef wird Staatssekretär im Bundesfinanzministerium	15
1.3 Beste Verbindungen zu Kanzlerin Merkel	15
1.4 Phänomen Drehtür - Das Goldman Sachs Netzwerk	16
1.5 Beziehungen zu Organisationen der Finanzwirtschaft	17
1.6 Vorgehensweise gegen striktere Regulierung des Derivatemarktes	17
1.7 2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer	17
2 2010: Negativ-Preis für Lobbying	18
3 Brisante Geschäfte vor und in der Finanzkrise	18
3.1 Verkauf von Depfa und Conti	18
3.2 2010: Davis Square VI - LBBW klagt wegen Betrug oder Fahrlässigkeit	18
3.3 2010: Finanzprodukt "Abacus 2007-AC1" Goldman Sachs zahlt Rekordsumme um Verfahren zu stoppen .	19
3.4 John Paulsons Hedge-Fonds und Abacus	19
3.5 Strafen wegen Falschberatung in USA	19

3.6 2008: Goldman profitiert von Lehman-Pleite und AIG-Rettung	19
4 Geschichte	20
5 Geschäftsfelder	20
5.1 Übernahmen und Fusionen	20
5.2 Immobilien	21
6 Organisationsstruktur und Personal	21
6.1 Unternehmensleitung	21
6.2 Partner	21
6.3 International Advisory Board	21
7 Zitate über Goldman Sachs	22
8 Weitere Informationen	22
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	22
10 Einzelnachweise	22

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Ausgaben für Lobbying

Laut EU-Transparenzregister lagen die Ausgaben für die von 2 Vollzeitäquivalenten erbrachte EU-Lobbyarbeit im Jahr 2018 zwischen 1-1,3 Mio. Euro.^[1]

2018: Deutschland-Chef wird Staatssekretär im Bundesfinanzministerium

Jörg Kukies, ehem. Co-Deutschland-Chef von Goldman Sachs, ist seit April 2018 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium und ist dort für Fragen der Finanzmarktregulierung zuständig. Gerhard Schick, Finanzexperte der Grünen warnte: „Das Finanzministerium darf nicht zum House of Banks verkommen.“^[2]

Beste Verbindungen zu Kanzlerin Merkel

Der frühere Deutschland-Chef von Goldman Sachs Alexander Dibelius nahm „schon früh Kontakt zu CDU-Parteichefin Angela Merkel auf, lange vor ihrer Nominierung als Kanzlerkandidatin. Für sie arrangierte er mehrere Dinner mit Unternehmens-chefs ... Immer wieder steht er der Kanzlerin bei Fragen zur Verfügung“, berichtet das Wirtschaftsmagazin capital.^[3]

Im Krisenjahr 2008 machte Angela Merkel den Goldman-Berater Otmar Issing zum Vorsitzenden der Kommission Expertengruppe Neue Finanzmarktarchitektur.^[4]

Phänomen Drehtür - Das Goldman Sachs Netzwerk

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Goldman Sachs gilt als Paradebeispiel für das [Seitenwechsler-Phänomen](#). Das Unternehmen hat zahlreiche ehemalige Entscheidungsträger als Berater angeworben, zugleich wechseln immer wieder Mitarbeiter in Regierungs- oder Aufsichtsposten. Der SPIEGEL beschrieb das Netzwerk als "Gemeinschaft, die zusammenhält, auch wenn der eine geht, der andere kommt. Über Jahrzehnte trifft man sich irgendwann irgendwo immer wieder. Man verdient gutes Geld, hat beste Karrierechancen [...]" und gab einen Überblick über das System.^[5]

- EUROPA
- [José Manuel Barroso](#): Nach zehn Jahren als EU-Kommissionspräsident schied Barroso zum 31. Oktober 2014 aus der EU-Kommission aus. Im Juli 2016 kündigte er seinen Wechsel zu Goldman Sachs International in London an.^[6] Das Ethik-Komitee der EU-Kommission gab grünes Licht für den Seitenwechsel, nachdem Barroso zugesagt hatte, keine Lobbyarbeit für Goldman Sachs zu betreiben.^[7] Im Oktober 2017 gab es dann doch ein Lobbytreffen zwischen Barroso und EU-Kommissar Jyrki Katainen.
- [Mario Draghi](#), von 2011 bis 2019 Präsident der [Europäischen Zentralbank](#), war von 2002-2005 stellvertretender Vorsitzender und Managing Director von Goldman Sachs International.
- [Mario Monti](#), Regierungschef Italiens von 2011 bis 2013, EU-Kommissar von 1995-2004, wird als Berater von Goldman Sachs („Board of International Advisors“) in dessen Jahresbericht 2010 geführt.^[8]
- [Romano Prodi](#), ehem. italienischer Ministerpräsident und EU-Kommissionspräsident, war von 03/1990-05/1993 bei Goldman. Wenn Prodi kein öffentliches Amt bekleidet, arbeitet er als Berater für Goldman Sachs.^[9]
- [Otmar Issing](#), seit 2007 „International Advisor“ von Goldman Sachs, ist ehem. Direktoriumsmitglied der EZB und ehem. Chefvolkswirt der [Deutschen Bundesbank](#).
- [Peter Sutherland](#), bis 1989 EU-Kommissar (u. a. für Wettbewerb) und bis 1995 GATT-Generaldirektor, ist seit 1995 Vorstandsmitglied von Goldman Sachs International.^[10]
- USA
- [Gary Cohn](#), Präsident & Chief Operating Officer bei Goldman Sachs, war von 2017-03/2018 Direktor des Nationalen Wirtschaftsrats^[11]
- [Stephen Mnuchin](#) war für Goldman Sachs tätig und wurde unter Präsident Donald Trump Finanzminister der USA.
- [Philip D. Murphy](#), ehemalige Goldman Sachs Senior Director, wurde 2009 zum Botschafter der USA in Deutschland ernannt.
- [Henry Paulson](#), US-Finanzminister unter [George W. Bush](#). In Paulsons Amtszeit fielen einige wichtigsten Banken-Rettungsmaßnahmen der USA, ehemaliger Aufsichtsratschef (CEO) von Goldman Sachs.

- **Robert Rubin**, US-Finanzminister unter **Bill Clinton**, langjähriges Aufsichtsratsmitglied von Goldman Sachs.
- **Robert Zoellick** ist seit 2013 Vorsitzender des International Advisory Board von Goldman Sachs. Zuvor war er Präsident der Weltbank, United States Trade Representative (2001-2005), Deputy Secretary of State (2005-2006). Zoellick war in den 1990ern erst Goldman Sachs-Berater, später leitender Angestellter.^{[12][13]}

Beziehungen zu Organisationen der Finanzwirtschaft

- [European Parliamentary Financial Services Forum](#), Mitglied
- [Group of Thirty](#), Mitarbeiter und Berater von Goldman Sachs sind Mitglieder

Vorgehensweise gegen striktere Regulierung des Derivatemarktes

Im Rahmen seiner Mitgliedschaft im Derivateverband ISDA setzte sich Goldman Sachs aggressiv und mit Erfolg gegen geplante Regulierungen des risikoreichen Derivatemarktes ein. Regulierungen waren notwendig geworden, da Derivate bereits in der Finanzkrise 2008 weltweite wirtschaftliche Instabilität und Arbeitsplatzverluste verursachten sowie 2008 Mitverursacher der Lebensmittelkrise und der Eurokrise 2010 waren.

Als erfolgreichste Investmentbank im ISDA warnte Goldman Sachs davor, dass striktere Regulierungen die Bank dazu bringen würden, sich aus Europa zurückzuziehen.^[14] Weiterhin setzte der ISDA die EU massiv unter Druck, um die Bildung einer Expertengruppe für Derivate zu bilden. Diese bestand dann fast ausschließlich aus Mitgliedern des ISDA - darunter auch Goldman Sachs.^[15] Die Bank platzierte sich außerdem in nahezu allen Beratergruppen der Kommission, die sich mit der Finanzmarktregulierung nach der Weltwirtschaftskrise befassten.^[16]

2011: Lobbyarbeit gegen eine EU-weite Finanztransaktionssteuer

Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008 legte die EU-Kommission 2011 einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer vor. Sie sah eine Besteuerung für den Kauf und Verkauf von Finanzprodukten vor, die je nach Produkt und Höhe der Transaktion zwischen 0,01 und 0,1 Prozent betragen sollte. Sie sollte dazu dienen, Anreize für Spekulationen zu senken und die Finanzinstitute an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen.^[17] Die Finanzlobby stemmte sich gegen dieses Vorhaben.^[18]

Auch Goldman Sachs trat als wichtiger Akteur auf, ein EU-weites Gesetzesvorhaben zu verhindern. So mahnte die Investmentbank in einem Papier an ausgewählte Politiker:innen, dass sich eine Finanztransaktionssteuer negativ auf die Geschäfte der Zentralbanken und an die Bereitstellung der Liquidität auswirken würde.^[19] Im Zusammenspiel mit anderen Wirtschaftsverbänden und Finanzlobbygruppen ([Bundesverband Investment und Asset Management](#), [Deutsches Aktieninstitut](#), [Bayer](#), [Siemens](#), u. A.) wurden umfassend Zweifel gesät, wodurch der ursprüngliche Entwurf zunehmend durch Ausnahmen und Anpassungen verwässert wurde, bis das Projekt letztendlich im Sande verlief.^[20]

Andere Verbände, Institutionen und Finanzexpert:innen sehen überwiegend gesamtgesellschaftliche Vorteile in einer Finanztransaktionssteuer, da sie ein krisenfesteres Finanzsystem und hohe Steuereinnahmen verspricht.^{[21][22][23][24][25]}

2010: Negativ-Preis für Lobbying

Goldman Sachs wurde am 2. Dezember 2010 mit dem Negativ-Preis **Worst EU Lobby Award** von einem Zusammenschluss lobbykritischer Organisationen ausgezeichnet.^[26]

Brisante Geschäfte vor und in der Finanzkrise

Goldman Sachs-Chef **Lloyd C. Blankfein** soll in einer internen E-Mail an Mitarbeiter laut Kölner Stadt-Anzeiger geäußert haben, in der **Welt-Finanzkrise** „haben wir mehr verdient, als wir verloren haben“. ^[27]

Verkauf von Depfa und Conti

Nach Informationen von Werner Rügemer hat Goldman Sachs folgende Geschäfte vermittelt und über Provisionen davon profitiert:

- Verkauf der **Depfa** an die **Hypo Real Estate** - woraus mit zeitlicher Verzögerung der (angebliche) Beinahe-Zusammenbruch des deutschen Bankensystem erfolgt sein soll
- Der Reifen-Hersteller **Schäffler** übernimmt den Konkurrenten **Conti** (Provision: 15 Mio.Euro) - Schäffler geht an dem Deal beinahe bankrott.^[3]

2010: Davis Square VI - LBBW klagt wegen Betrug oder Fahrlässigkeit

Im Oktober 2010 musste sich Goldman Sachs gegen Anschuldigungen der **Landesbank Baden-Württemberg** wehren, die sich durch die **Verbriefung Davis Square VI**.^[28] geschädigt sah. Goldman Sachs hatte diese Papiere strukturiert, verkauft und verwaltet. Sie waren mit einem **Triple-A-Rating** bewertet worden.^[29] und von der Landesbank-Tochter **LBBW Luxemburg** im März 2006 erworben worden. Die Landesbank forderte von Goldman Sachs 37 Millionen US-Dollar für erlittene Verluste. *"Goldman wusste auf höchster Organisationsebene, dass die Darstellung, die Papiere wären mit Triple-A bewertet und hochklassig, offensichtlich falsch waren. Goldman hat Betrug begangen, und, oder, handelte fahrlässig, indem es die Papiere an die LBBW Luxemburg vermarktete und verkaufte."*

Darüberhinaus verklagte die LBBW den Investment-Ratgeber **TCW Group**. Bei deren Besitzer **Societe Generale** hatte Goldman Sachs, so der Vorwurf, sich mit Kreditausfallwetten gegen den Ausfall von Davis Square VI und anderen CDOs eingedeckt. TCW und Goldman Sachs wiesen diese Vorwürfe umgehend zurück ^{[30][31]}

Die Fall Landesbank Baden-Württemberg vs. Goldman Sachs hat das Aktenzeichen 10-7549 und wird am U. S. District Court, Southern District of New York (Manhattan) verhandelt.^[30]

2010: Finanzprodukt "Abacus 2007-AC1" Goldman Sachs zahlt Rekordsumme um Verfahren zu stoppen

Am 16.04.2010 reichte die US-Bankenaufsicht **SEC** eine Beschwerde gegen Goldman Sachs wegen Betrugs ein. Die Bank soll verschwiegen haben, dass ein Hedge-Fonds an der Konstruktion eines "modernen Finanzprodukts" namens Abacus 2007-ACI beteiligt war, der zudem auf den Wertverfall des Derivats wettete. Die Abacus-Papiere, die ein komplexes Derivat aus US-Hypotheken waren, stellten sich als mutmaßliche Schrott-Produkte heraus.^[32] Als eine der leidtragenden Banken galt die Düsseldorfer **IKB**. Mitte Juli 2010 kamen die SEC und Goldman Sachs zu einem Vergleich: Die Ermittlungen wurden gegen die Zahlung von 550 Millionen Dollar eingestellt, einen Teil davon erhielt die Düsseldorfer **IKB**.^[33]

John Paulsons Hedge-Fonds und Abacus

Das Abacus-Papier wurde von einem Hedge-Fonds zusammengestellt, den einer der bestverdienenden Männer der Wall-Street leitete: **John Paulson**. Die Zeit schrieb über das Geschäftsgebahren von **Paulson & Co.** :

„Der Logik der SEC-Anklage folgend hat Paulson das ganze Paket so zusammengeschnürt, dass es von Anfang besonders viele faule Hypotheken enthielt. Schließlich wettete er auf einen Wertverlust. Das ist ungefähr so, als würde bei der Nationalmannschaft der Trainer der gegnerischen Mannschaft die Aufstellung festlegen. Paulson hat Goldman Sachs 15 Millionen Dollar dafür gezahlt, dass sein Hedgefonds dieses Produkt konstruieren durfte.“

„Paulsons Wetten gegen Abacus funktionierte so: Paulson kaufte eine Art Ausfallversicherung für Kredite, die für den Kauf von Häusern aufgenommen waren. Platzte ein Kredit, kassierte Paulson die Prämie, ohne etwas mit dem eigentlichen Kredit zu tun zu haben. Ähnlich jemandem, der eine Brandschutzversicherung für das Haus seines Nachbarn aufnimmt – brennt es, kassiert er.“^[34]

Strafen wegen Falschberatung in USA

Goldman Sachs soll auf Druck der New Yorker Staatsanwaltschaft seit 2003 mindestens 22,5 Millionen Dollar an Strafzahlungen geleistet haben, weil sie Kunden beim Verkauf von Finanzprodukten wie "Auktionsanleihen" falsch beraten haben soll.^[35]

2008: Goldman profitiert von Lehman-Pleite und AIG-Rettung

In den USA gab es vermehrte Skepsis, warum die US-Regierung den Goldman-Konkurrenten **Lehman Brothers** kollabieren ließ, während die **American International Group** (AIG) mit einer in der Geschichte des Kapitalismus einmaligen Summe gerettet wurde. Goldman Sachs war einer der größten Gläubiger des Versicherungskonzerns.

Von den \$182.5 Milliarden an Steuergeldern zur Rettung der **AIG**^[36], flossen \$12.9 Milliarden direkt an Goldman Sachs, bei denen AIG Verbindlichkeiten hatte. Insgesamt gingen \$90 Milliarden der AIG-Rettungsgelder direkt an andere Banken, darunter neben Goldman auch die französische **Societe Generale** mit \$11.9 Milliarden, die **Deutsche Bank** mit \$11.8 Milliarden und die britische **Barclays** PLC mit \$8.5 Mrd.. Die us-amerikanische **Merrill Lynch** erhielt \$6.8 Mrd.^[37]

Informationen der New York Times zufolge war der US-Finanzminister und ehemalige Goldman Sachs Aufsichtsratsvorsitzende **Hank Paulson** während des Höhepunktes der **Welt-Finanzkrise** *"in sehr häufigem Kontakt"* mit **Lloyd C. Blankfein**, Goldmans damaligem Aufsichtsratsvorsitzenden. In der Woche als der Versicherer AIG durch Regierungsgelder gerettet wurde, sprach Paulson laut seiner Kalender-Einträge zwei Dutzend Male mit Blankfein, weitaus öfter als mit anderen Wall Street Managern.^[38]

Am 18. Oktober 2008 erhielt Goldman Sachs \$10 Milliarden Rettungsgelder von der US-Regierung^{[39][40][41]} und gehörte somit zu den sechs großen US-Banken, die staatliche Stützungen aus dem **TARP**-Programm erhielten, das eine **Kreditklemme** verhindern sollte.

Goldman zahlte die \$10 Milliarden TARP-Gelder im Juni 2009 zurück.^[42] Rechnet man allein die AIG-Gelder dagegen, hätte Goldman netto \$2,9 Milliarden an Staatsgeldern eingestrichen.

Geschichte

Im Jahr 1975 erließ die US-amerikanische Börsenaufsicht **Securities and Exchange Commission** (SEC) die Regel, dass Investment-Banken einen Fremdfinanzierungsgrad (leverage ratio) von nicht weniger als 1 zu 15 aufweisen dürfe. D.h. mit 100 \$ Eigenkapital durfte man 1.500 \$ Fremdkapital aufnehmen. Im Jahr 2004 autorisierte die SEC unter dem Vorsitz von **Christopher Cox** fünf Investmentbanken, ihre eigenen Eigenkapitalregeln zu entwickeln. Voran gegangen war intensives Lobbying von Goldman Sachs. Besagte fünf Banken waren **Goldman Sachs**, **Morgan Stanley**, **Lehman Brothers**, **Bear Stearns** und **Merrill Lynch**. Durch die Lockerung der Regulierung konnten die fünf ihre Eigenkapitalquote z.T. auf 1 zu 40 senken.^[43] Das geringe Eigenkapital im Verhältnis zu aufgenommenen Krediten beschleunigte den Weg in die **Welt-Finanzkrise**, da die Institute kaum Möglichkeiten hatten, jene Verluste auszugleichen, die aus geplatzten Risiko-Wetten wie **CDO** und **CDS** resultierten.^{[44][45]}

Lee A. Pickard, 1975 Direktor der SEC-Abteilung für Markt-Regulierung während die 1-zu-15-Regel erlassen wurde, sagte zu dem Umschwung von 2004, *„Die SEC Änderung von 2004 ist der Hauptgrund für alle aufgetretenen Verluste.“*^[46]

Im Jahr 2008 hatte Goldman Sachs sich in eine Bank-Holding umgewandelt und sich der Kontrolle der **Federal Reserve Bank** (die US-amerikanische Notenbank) unterworfen. Ihr Anlagevermögen wurde damals auf 150 Mrd. US-Dollar geschätzt.^[47]

Geschäftsfelder

Übernahmen und Fusionen

Goldman Sachs ist als eine weltweit führende Investmentbank an vorderster Stelle mit der Einfädelung von Übernahmen und Fusionen befasst. Das Unternehmen soll u.a. folgende Deals begleitet haben:

- **Daimler-Benz** übernimmt **Chrysler**
- **Vodafone** übernimmt **Mannesmann**
- **Bayer** übernimmt **Monsanto**

Quellen:^{[3][48]}

Immobilien

Über die Tochtergesellschaften **Whithall** und **Highstreet** kaufte Goldman Sachs in Nordrhein-Westfalen 950.000 Wohnungen der **Landesentwicklungsgesellschaft** (LEG). In Berlin erwarb die Bank 75.000 Wohnungen der Wohnungsgesellschaft **GSW**.^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Unternehmensleitung

Chairman und Chief Executive Officer der Goldman Sachs, Inc., ist **David D. Solomon**

Im Januar 2019 ist die Goldman Sachs AG in die Goldman Sachs Bank Europe SE übergegangen.^[49] Vorstandsvorsitzender von Goldman Sachs Deutschland und Österreich ist Wolfgang Fink (Stand: April 2020).

Quelle: ^[50]

Partner

2015 gab es weltweit 467 Goldman-Partner.^[51] Deutsche Partner sind^[52]

- **Alexander Dibelius** (bis 2014 Deutschland-Chef)
- **Jörg Kukies** (2014-03/2018 Deutschland-Chef, danach Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen)
- Wolfgang Fink (seit 04/2018 Deutschland-Chef)
- Tobias Koester (wird 01/2019 Partner)

International Advisory Board

Mitglieder sind ^[53] (Stand: März 2015)

- **Robert B. Zoellick** (Vorsitzender), ehemaliger Präsident der Weltbank^[54]
- Claudio Aguirre
- José Luis Arnaud, portugiesischer Politiker und Gründungspartner der Anwaltssozietät CMS-Rui Pena, Arnaud & Associados^[55]
- Christof Brand
- Efthymios Christodoulou
- Juan Claro González
- Charles de Croisset
- Charles Curran, A.C.
- **Guillermo de la Dehesa**, Third vice-chairman und non-executive director der Banco Santander, Chairman of the Trustees des **Centre of Economic Policy Research** (CEPR), Mitglied der **Euro 50 Group**^[56]
- **Vladimir Dlouhy**, Präsident der tschechischen Handelskammer und Stellv. Vorsitzender **Trilaterale Kommission**^[57]
- Walter W. Driver, Jr.
- Orit Freedman Weissman

- Lord Griffiths of Fforestfach, Mitglied des britischen Oberhauses und Mitglied des Verwaltungsrats von Times Newspapers Holding, Ltd., ehemaliger Berater von Margaret Thatcher^[58]
- Victor Halberstadt, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Leiden Universität/Niederlande, ehemaliger Vorsitzender des International Advisory Board von DaimlerChrysler und Berater des Generalsekretärs der OECD^[59]
- [Otmar Issing](#), Präsident des [Center for Financial Studies](#) (CFS), ehemaliges Mitglied des Zentralbankrats [Europäische Zentralbank](#) (EZB)^[60]
- Roberto Junguito
- Mario Laborín Gómez
- Ian Macfarlane, A.C.
- Axel May
- Tito T. Mboweni

Zitate über Goldman Sachs

Der Wirtschaftsjournalist Wolfgang Münchau schrieb 2010 in der Financial Times:

„Goldman ist zunächst sehr groß und mächtig. Wo auch immer größere Geldsummen von einem Ort zum anderen geschoben werden, ist die amerikanische Investmentbank dabei. Als Griechenland sein Defizit mittels schwer zu durchschauender Währungs-Swap-Kontrakte reduzierte, spielte Goldman Sachs die Rolle des Animateurs. Die Bank ist omnipräsent. Sie verfügt über dermaßen viel legales Insiderwissen, dass sie als Investor einen natürlichen Vorteil hat, ohne irgendein Gesetz brechen zu müssen.“^[61]

Weitere Informationen

- [Goldman Sachs bei Sourcewatch \(englisch\)](#) - erstklassige Informationen!
- [Goldman Sachs bei opensecrets.org](#) - In den Datenbanken des Center for Responsive Politics werden die Informationen aus dem US-Lobbyregister ausgewertet.
- [Goldman Sachs - Übersicht der New York Times \(englisch\)](#)
- [Andrew Gavin Marshall: Global Power Project, Part 5: Banking on influence with Goldman Sachs, 7/10 /2013 Occupy.com](#), abgerufen am 08. 03. 2015

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [EU-Transparenzregister Goldman Sachs](#), abgerufen am 31.03.2020
2. ↑ [Scholz überrascht mit Personalauswahl](#), tagesschau.de, abgerufen am 20.03.2018

3. ↑ ^{3,03,13,23,3} [Alexander und Angela](#), Werner Rügemer in jungewelt.de vom 26. April 2010, abgerufen am 21. Juli 2010
4. ↑ [Kanzlerin beruft Issings Expertengruppe](#) Spiegel.de vom 28. Oktober 2008, abgerufen am 14. Mai 2010
5. ↑ [Goldman Sachs' Verflechtung mit der Politik: Alles zum Wohl des Geldes](#), Der Spiegel, 13. Juli 2016, zuletzt aufgerufen am 14.07.2016
6. ↑ [Goldman Sachs hires former EU chief José Manuel Barroso](#) ft.com vom 08.07.16, abgerufen am 09.07.2016
7. ↑ [Ex-Kommissionspräsident Barroso erappt bei Lobbyarbeit für Goldman Sachs](#), lobbycontrol.de vom 20.02.2018, abgerufen am 21.03.2018
8. ↑ [Italien: Monti ist im Nebenjob Berater bei Goldman Sachs](#) deutsche-mittelstands-nachrichten.de vom 14.11.11, abgerufen am 16.11.2011
9. ↑ [Goldman Sachs' Revolving Door](#), CBSnews.com vom 7. April 2010, abgerufen am 18. Juli 2010
10. ↑ [Executive Profile Peter Dennis Sutherand](#), Website businessweek, abgerufen am 31. März 2013
11. ↑ [Die Situation ist ernst](#), faz.net vom 07.03.2018, abgerufen am 21.03.2018
12. ↑ [„Zoellick Wins German Support to Be World Bank Head“](#), Bloomberg.com vom 29. Mai 2007, abgerufen am 27. April 2010
13. ↑ [Presseerklärung Goldman Sachs vom 7. Oktober 2013](#), Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
14. ↑ [Goldman warns Europe on regulation](#), Financial Times.com vom 29. September 2010, abgerufen am 26.Oktober 2010
15. ↑ [Homepage der Europäischen Kommission](#), abgerufen am 26.Oktober 2010
16. ↑ [The People versus Goldman Sachs](#) , Corporate Europe Observatory vom 1.Juni 2010, abgerufen am 26.Oktober 2010
17. ↑ [Vorschlag für eine Richtlinie des Rates für die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer](#), eur-lex.europa.eu vom 14.02.2013, abgerufen am 31.10.2023
18. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
19. ↑ [Financial Transaction Tax: How severe?](#), Goldman Sachs Equity Research vom 01.05.2013, abgerufen am 20.11.2023
20. ↑ [Finanzlobby: Im Auftrag des Geldes](#). Finanzwende Recherche 2022, S.56 ff.
21. ↑ [Weltwirtschaft: 1000 Ökonomen wollen Finanzmarktsteuer](#), abgerufen am 16.11.2023
22. ↑ [Offener Brief führender Finanzexpert:innen](#), abgerufen am 16.11.2023
23. ↑ [Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#), abgerufen am 16.11.2023
24. ↑ ["Die Finanztransaktionssteuer muss kommen"](#), Euractive.de vom 16.07.2020, abgerufen am 16.11.2023
25. ↑ ["Die vernünftigste Steuer in diesen Zeiten"](#), Le Monde diplomatique vom 11.12.2014, abgerufen am 16.11.2023
26. ↑ [Homepage der Worst EU Lobbying Awards 2010](#), abgerufen am 26. Oktober 2010
27. ↑ [Vorwürfe gegen US-Bank erhärtet](#), Kölner Stadt-Anzeiger vom 24. April 2010, abgerufen am 27. April 2010
28. ↑ [Davis Square VI CDO Portfolio Pre-September 2008](#), Tavakoli structured Finance, INC, abgerufen am 27. Oktober 2010
29. ↑ [Goldman sieht für Klage der LBBW "keinerlei Grundlage"](#) Börsen-Zeitung vom 6. Oktober 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
30. ↑ ^{30,030,1} [Goldman Sachs Sued Over German Bank's \\$37 Million Loss on CDO](#), Bloomberg.com vom 5. Oktober 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
31. ↑ [Sachs Sued by German Bank Over Davis Square VI, an AIG CDO Bailed Out by Taxpayers \(Updated\)](#), Jenet Tavakoli in huffingtonpost.com vom 5. Oktober 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010

32. ↑ [Goldman Sachs Group Inc.-Overview](#), Nytimes.com vom 20. April 2010, abgerufen am 27. April 2010
33. ↑ [Derivat „Abacus“: Goldman Sachs droht erneut Millionenstrafe](#), Handelsblatt vom 9. September 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010.
34. ↑ [Goldman Sachs Die gewonnene Wette des John Paulson](#), Die Zeit vom 17. April 2010, abgerufen am 27. Oktober 2010
35. ↑ [Banken: Brandstifter als Feuerwehr](#), Website Werner-Rügemer.de, abgerufen am 21. Juli 2010
36. ↑ [AIG shares bounce as CEO hopes to repay bailout funds](#), USAtoday.de vom 20. August 2009, abgerufen am 26. April 2010
37. ↑ [\\$90B Of AIG's Federal Rescue Went To Banks](#), CBSNews.com vom 16. März 2009, abgerufen am 26. April 2010
38. ↑ [Paulson's Calls to Goldman Tested Ethics](#), Gretchen Morgenson and Don Van Natta Jr. in NYTimes.de vom 8. August 2009, abgerufen am 26. April 2010
39. ↑ [Goldman reports \\$1.8 billion profit](#), CNN.com vom 14. April 2009, abgerufen am 27. April 2010
40. ↑ [Paulson's \\$250 Billion Bank Buy](#), Jane Sasseen and Theo Francis in BusinessWeek.com vom 14. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
41. ↑ [Blankfein's \\$70 Million Would Survive Paulson's Rules](#), Ian Katz and Rebecca Christie in Bloomberg.com vom 15. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
42. ↑ [Goldman Sachs repays about \\$10 bln in TARP funds](#), Marketwatch.com vom 17. Juni 2009, abgerufen am 27. April 2010
43. ↑ [Agency's '04 Rule Let Banks Pile Up New Debt](#), Stephen Labaton in NYTimes.com vom 8. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
44. ↑ [Ex-SEC Official Blames Agency for Blow-Up of Broker-Dealers](#), Julie Satow, NYSun.com vom 18. September 2008, abgerufen am 27. April 2010
45. ↑ ['Flawed' SEC Program Failed to Rein in Investment Banks](#), Ben Protess in ProPublica.org vom 1. Oktober 2008, abgerufen am 27. April 2010
46. ↑ [Ex-SEC Official Blames Agency for Blow-Up of Broker-Dealers](#), Julie Satow in NYSun.com vom 18. September 2008, abgerufen am 27. April 2010
47. ↑ [Goldman Sachs to be regulated by Fed](#), reuters-Meldung vom 21. September 2008, abgerufen am 26. April 2010
48. ↑ [Bayer und Monsanto: Dutzende Banken teilen sich Finanzierung der Übernahme](#), Handelsblatt, 12. Oktober 2016, zuletzt aufgerufen am 19.10.2016
49. ↑ [Über Goldman Sachs in Deutschland](#), goldmansachs.com, abgerufen am 02.03.2020
50. ↑ [Profil](#), goldmansachs.com, abgerufen am 31.03.2020
51. ↑ [Julia Laroche: These 78 Goldman Sachs Employees are the happiest people on Wall Street right now](#), Business Insider UK online vom 12. November 2014, abgerufen am 03.12.2018
52. ↑ [Goldman Sachs Warten auf den goldenen Anruf](#), Handelsblatt online vom 12. November 2014, abgerufen am 07.03.2015
53. ↑ [Annual Report 2015 Directors, Advisors and Offices March 5, 2015](#), Webseite, abgerufen am 26.05.2016
54. ↑ [Presseerklärung Goldman Sachs vom 7. Oktober 2013](#), Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
55. ↑ [Presseerklärung Goldman Sachs vom 10. Januar 2014](#), Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
56. ↑ [Economic and Financial Affairs, Speakers, Guillermo de la Dehesa](#), Webseite EU-Kommission, abgerufen am 10. 04. 2015
57. ↑ [Trilateral Commission Leadership European Group](#), Webseite abgerufen am 13. 03. 2015
58. ↑ [Andrew Gavin Marshall: Global Power Project, Part 5: Banking on influence with Goldman Sachs](#), Occupy.com, abgerufen am 08. 03. 2015

59. ↑ [Andrew Gavin Marshall: Global Power Project, Part 5: Banking on influence with Goldman Sachs](#), Occupy.com, abgerufen am 08. 03. 2015
60. ↑ [Former World Bank president rejoins Goldman Sachs](#), Reuters vom 8. Oktober 2013, Webseite abgerufen am 08. 03. 2015
61. ↑ [Münchau - Das Ende von Goldman Sachs](#), ftd.de vom 20. April 2010 - gespeichert in web.archive.org, abgerufen am 19. August 2015